

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter und die Anzeiger für das Erzgebirge entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeiger Nr. 53.

Angewandte Druckerei des Erzgebirges in Auerbach, vormals in Gottleben, am alten Rathaus in Gottleben, am alten Rathaus in Gottleben, am alten Rathaus in Gottleben.

Telegramme: Erzgebirge Auerbach. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auerbach. Postfach-Nr. 1000

Nr. 77

Mittwoch, den 1. April 1925

20. Jahrgang

Der Sieg der Republikaner.

Vorläufiges amtliches Gesamtergebnis. — Wird Jarres fallen gelassen? — Der Volksblock.

Das Gesamtergebnis bedeutet einen glatten Sieg der republikanischen Parteien. Die im Reichsblock vereinigten drei Parteien haben rund 10 Millionen Stimmen erhalten, denen rund 13 Millionen republikanischer Stimmen gegenüber stehen. Bemerkenswert ist die Abnahme der extremen Flügelparteien. Es sind insgesamt 28 812 587 gültige Stimmen abgegeben worden. Davon entfallen auf:

Braun (Soz.)	7 785 578	(7 880 968)
Heid (Bayer. Volksp.)	1 002 278	(1 392 097)
Hellpach (Dem.)	1 585 136	(1 917 764)
Ludendorff (Nat.-Soz.)	284 471	
Jarres (Reichsblock)	10 887 523	(11 632 000)
Mars (Zentrum)	3 883 676	(4 091 636)
Thälmann (Komm.)	1 869 553	(2 708 355)

Der Prozentsatz der abgegebenen gültigen Stimmen von der Zahl der Wahlberechtigten in Höhe von 33 980 000 beträgt demnach 83,8.

Nach der vorläufigen amtlichen Ermittlung des Reichswahlleiters hat kein Anwärter die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigt.

Ein zweiter Wahlgang ist daher erforderlich.

Der zweite Wahlgang am 26. April wird die Entscheidung bringen müssen. Zweifelhaft ist es, ob die Kandidatur Jarres weiter unterstützt wird. Gestern bereits führte ein Berliner deutschnationales Organ aus, es müßte.

„Wenn doch noch der Sieg des nationalen Blocks herbeigeführt werden sollte ein anderer Sammellandi-

dat aufgestellt werden, den alle Parteien der Rechten, einschließlich der bairischen Volkspartei, unterstützen, und der möglichst noch den entschlossenen national gerichteten Teil der Wählerschaft des Zentrums und der Demokraten zu sich herüberzieht. Man würde dann wohl auf die Kandidatur Gehler zurückgreifen müssen, und es wäre dann zu erwarten und zu verlangen, daß der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei und Stressemann diese Kandidatur nicht wieder unmöglich machen.“

Bezeichnend ist es, daß man Hoffnungen auf die Stimmen der Demokraten und des Zentrums legt. Die Herren sehen also selbst ein, daß sie im zweiten Wahlgang keinen wesentlichen Stimmengewinn erzielen können. Die 200 000 Ludendorffwähler können das Resultat nicht verschieben. Die Stimmung bei den Reichsparteien, Jarres fallen zu lassen, wird aber noch durch die Erklärung des Führers der bairischen Volkspartei Dr. Leicht bestärkt, der im Namen seiner Partei versichert, Jarres auch im zweiten Wahlgang nicht zu unterstützen.

Im Lager der republikanischen Parteien strebt man eine Vereinigung im „Volksblock“ an, der nach Berichten der Berliner Morgenblätter bereits gesichert ist. Der „Vorwärts“ erklärt, daß die Sozialdemokratie einen großen moralischen Sieg davongetragen habe, jetzt aber bereit sei, die Republik zu verteidigen unter der Parole: „Für die Republik, gegen die Monarchie“.

Wählt Volksblock!

Auslandspreßstimmen zur Reichspräsidentenwahl.

Paris, 30. März. Die Nachrichten über den Ausgang der Präsidentschaftswahlen werden in Paris mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Da das Ergebnis noch nicht vorliegt, beschränkt sich die Morgenpresse auf eine kurze Kommentierung zu den bisherigen Ergebnissen.

Allgemein wird festgestellt, daß die Wahl Überwachungen nicht gebracht, sondern lediglich die Voraussetzungen bestätigt hat, daß ein zweiter Wahlgang notwendig sein wird. Aus den vorliegenden Ergebnissen zieht die Presse weiter den Schluß, daß die politische Bewegung im Reich, wie sie bei der letzten Reichstagswahl besonders zum Ausdruck gekommen war, sich fortgesetzt und daß die republikanische Strömung abermals an Boden gewonnen habe. Wenn diese Entwicklung bei der Präsidentschaftswahl nicht stärker zum Ausdruck gekommen sei, so sei das darauf zurückzuführen, daß einmal politische Bewegungen in Deutschland nur sehr langsam sich Bahn zu brechen vermöchten und daß andererseits insbesondere das flache Land in Deutschland einer politischen Bewegung nur sehr spät und zögernd zu folgen pflegt.

Ueberaus bezeichnend findet die Presse die benachteiligte Niederlage, die der Kandidat der Sozialisten, General Ludendorff, erlitten hat. Das „Echo de Paris“ meint, daß diese Niederlage Ludendorffs, des „Proturisten der Hoffensollern“, mindestens ebenso schlimm für ihn sei, wie die militärische Niederlage 1918. Die geringe Zahl der Stimmen des bürgerlichen Kandidaten zeige überdies, daß die deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei und somit auch die Regierung außer keine wahren Gegner auf der Rechten zu finden hätten. Wenn die Reichsregierung bei den Sicherheitsverhandlungen vorgebe, auf die Stimmung der Rechten Rücksicht nehmen zu müssen, so sei das ein leerer Schein.

Dr. Jarres hat nach Ansicht der Presse nicht so viel Stimmen auf sich zu vereinigen vermocht, wie man erwartet hatte. Dagegen zeigt man sich von dem Erfolg des sozialdemokratischen Kandidaten überrascht und glaubt, daß durch dieses günstige Resultat für Braun die allgemeine Lage nur verwidelter wurde, da die Sozialdemokraten jetzt noch weniger geneigt sein werden, im zweiten Wahlgang Braun zugunsten eines gemeinsamen republikanischen Kandidaten aufzugeben.

Kopenhagen, 26. März. Die heutige Morgenpresse beschränkt sich auf Mitteilungen ihrer Berliner Korrespondenten über den Verlauf der Wahl und auf die Wiedergabe der bis Redaktionsschluß eingelaufenen Angaben über die Stimmabgabe. Die späte Stunde sowie die verzögerte Auszählung der Stimmen haben jede redaktionelle Stellungnahme verhindert. Der Berliner Korrespondent der „Politiken“ stellt Betrachtun-

gen darüber an, die u. a. darauf hinausgehen, daß es den republikanischen Parteien Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, falls sie sich über einen gemeinsamen Kandidaten einigen können, ein letztes sein wird, seine Wahl durchzusetzen. Wie der Korrespondent von leitender sozialdemokratischer Seite erfahren hat, würde die Sozialdemokratie keine Bedenken tragen, ihre Wähler um einen gemeinsamen Kandidaten des Zentrums zu scharen, falls die Parole:

„Die Republik, die Monarchie“

lauten sollte, dies auch, falls es sich um Mars handeln sollte. Der Korrespondent nimmt an, gegeben an, daß die Wahl am 26. April sich zu einem Zweikampf zwischen Republik und Monarchie gestaltet. Ein Versuch des Reichsblocks, durch die Entfernung Jarres' zugunsten eines anderen Kandidaten diesem die Stimmen des Zentrums und der Demokraten zuzuführen, dürfte von vornherein zum Scheitern bestimmt sein. In einer kurzen redaktionellen Bemerkung spricht das Organ der gemäßigten Agrarpartei die Hoffnung aus, daß die geringe Stimmengahl, die Ludendorff zu gewinnen vermochte, das endgültige Todesurteil über diesen Mann als öffentliche Persönlichkeit sein möge.

New York, 30. März. Das endgültige Ergebnis der Reichspräsidentenwahlen, das hier um 1 Uhr morgens bekannt wurde, kam zu spät, als daß die Presse zu dem Ergebnis noch hätte Stellung nehmen können. In den kurzen Berichten wird aber das Ergebnis als ein glänzender republikanischer Sieg bezeichnet. „Herald Tribune“ überschreibt seine Meldung: „Die Junker verlieren die Wahl.“ Ein republikanischer Nachfolger für Ebert wahrscheinlich. Der Berliner Korrespondent dieses Blattes ist der Ansicht, daß die Weimarer Koalition aus der zweiten Wahl als sicherer Sieger hervorgehen wird, wenn eine Einigung über einen Einheitskandidaten herbeigeführt werden kann. Hervorgehoben wird in allen Blättern der große Rückgang der kommunistischen und deutschösterreichischen Stimmen.

London, 28. März. Die Morgenblätter beschäftigen sich mit der deutschen Präsidentschaftswahl, ohne, mit einigen Ausnahmen, hierzu Stellung zu nehmen, da die bisher bekanntgewordenen Wahlziffern noch keine Uebersicht geben. Der „Daily Telegraph“ erklärt Jarres für einen geschickten Mann, aber für einen, der, wie viele deutsche Staatsmänner und Politiker, für die republikanische Verfassung nur eine sehr geringe Vorliebe habe und eine Monarchie vorziehen würde, obwohl er wisse, daß heute keine Restaurationsmöglichkeit besteht. Man glaubt nicht, daß mit der gestrigen Wahl eine Entscheidung herbeigeführt werden kann, und bringt auch die angebliche Wahnmüdigkeit damit in Zusammenhang.

Die Einheitskandidatur im zweiten Wahlgang.

Die Korrespondenz der bairischen Volkspartei schreibt: Es gibt nur eine Lösung, und die heißt: Bürgerliche Sammellandidatur. Man muß dort wieder anfangen, wo man aufgehört hat, als die bereits gelungene Einigung sämtlicher bürgerlichen Kräfte an der Taftil der unentwegten Jarresleute scheiterte. Es wird schwer sein, das Zentrum zu einem gemeinsamen Schritt zu bringen, jedoch wird sich die bairische Volkspartei vorbehaltlos in den Dienst einer Einigungskandidatur stellen.

Der „Vorwärts“ betont heute nochmals, daß er es ebenso wie die „Germania“ für unbedingt notwendig hält, für den zweiten Wahlgang die Wahl eines einheitlichen Kandidaten aufzustellen. Laut „Germania“ tritt der Reichsparteivorstand des Zentrums heute mit tag 12 Uhr zu einer Sitzung zusammen mit der Tagesordnung Reichspräsidentenwahl. Zwei Stunden früher wird sich der Reichsausschuß des Reichsblocks versammeln, um sich mit der Kandidatenausschließung für den zweiten Wahlgang zu beschäftigen.

Der Räumungstermin des Kölner Jons unbestimmt.

London, 30. März. In Erwiderung auf Anfragen im Unterhaus erklärte Außenminister Chamberlain, daß die Regierung nicht in der Lage sei, ein ungefähres Datum für die Zurückziehung der britischen Truppen aus der Kölner Zone anzugeben. Sobald die Regierung Ausschluß hätte über die Verträge Deutschlands, deren wegen die Räumung Kölns hinausgeschoben worden sei, würde das Parlament davon in Kenntnis gesetzt werden.

Erregung in Danzig.

Der polnische Runtius.

Das „Danziger Volksblatt“ meldet: Das vor kurzer Zeit zwischen dem Heiligen Stuhl und Polen abgeschlossene Konkordat enthält über die Befugnisse des Runtius in Warschau eine Bestimmung, die in Danzig weit über die Kreise der Ratpolken hinaus berechtigtes Aufsehen erregte, denn wir können nicht einsehen, was das polnische Konkordat mit Danzig zu tun hat. Es heißt in Artikel 2: „Sowas Erhaltung freundschaftlicher Verbindungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der polnischen Republik wird in Polen ein apostolischer Runtius und beim Heiligen Stuhl ein Vorkämmerer residieren. Die Befugnisse des apostolischen Runtius in Polen werden sich auch auf das Gebiet der Freien Stadt Danzig erstrecken.“ Wie wir auf Anfrage an gutunterrichteter Stelle erfahren, soll diese Bestimmung indessen nur folgendes besagen: Der apostolische Runtius in Polen übt in seiner Eigenschaft als diplomatischer Vertreter des Heiligen Stuhls keinerlei diplomatische Funktionen im Freien Staat Danzig aus. Die Befugnisse des apostolischen Runtius in Polen, die sich nach Artikel 2 des Konkordats auf das Gebiet der Freien Stadt Danzig erstrecken, sind lediglich rechtlicher Natur, die sich aus den dem Heiligen Stuhl verliehenen kirchlichen Hoheitsakten ergeben, z. B. Befugnisse zur Erteilung von Exkommunikationen, Berufung in Disziplinarsachen von Geistlichen usw. Der Runtius hat das Recht, die Befugnisse auf diesem Gebiet auszuüben. Die Bewohner der Freien Stadt Danzig sind aber in keiner Weise gehalten, sich an ihn zu wenden. Sie haben volle Freiheit unmittelbar mit dem Heiligen Stuhl in Verbindung zu treten.

Besehung der Toten von Merlenbach.

Saarbrücken, 30. März. Unter Beteiligung einer ungeheuren Menschenmenge fand heute die Besehung der Opfer der Merlenbacher Grubenkatastrophe statt. Von nah und fern waren die Teilnehmer herbeigekommen, sodaß man ihre Zahl auf 70- bis 80 000 schätzte. Um 10.30 Uhr vormittags begann in der Kapelle der Grube, die in eine Kapelle umgewandelt war, das Hochamt, das von Bischof Bels von Metz gelebt wurde. Nach dem Hochamt ergriff Arbeitsminister Petzold das Wort, der der Trauer des ganzen Landes gedachte und den Hinterbliebenen das Versprechen gab, daß für sie gesorgt werde. Nach weiteren Ansprachen der Direktoren der Saar- und Mosel-Gesellschaft war die kirchliche Feier gegen 2 Uhr nachmittags beendet. Mittags fanden in den Wohnorten der verschiedenen Opfer besondere Feiern statt, die gegen 4 1/2 Uhr beendet waren. Von der Regierungskommission des Saargebietes nahmen an der Hauptfeier sämtliche Mitglieder mit den Direktoren und dem Generalsekretär teil. Die Länder Opfer sind bereits gestern befeuert worden.